

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 24

Artikel: Wohlorganisiertes Durcheinander
Autor: Jurjew, Dmitrij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092812>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dmitrij Jurjew zu den russischen Wahlen in die Staatsduma

Wohlorganisiertes Durcheinander

Die künstliche, der Bevölkerung übergestülpte Parteienvielfalt, die durch einen Präsidenten-Ukas nach Vorgabe der Schejnis-Gruppe so plötzlich eingeführt worden ist, zwingt die Wähler, sich binnen kürzester Zeit in einer bunten Palette von «Parteilisten» zu orientieren.

Jeder Versuch, diese Listen mit der traditionellen politischen Skala (Rechte/Linke, Liberale/Kommunisten usw.) in eine Ordnung zu bringen, bedeutet eine bewusste oder unbewusste Irreführung der Wähler und ist Wasser auf die Mühle jener Kräfte, die hinter den Urhebern des «demokratischen» Projekts der Wahlverordnung standen.

Vorwahlskala von «Lustration» bis «Proskription»

Tatsächlich spielt in einer Gesellschaft, in der sich die politische Stratifikation (Schichtung) noch nicht vollzogen hat (und sich kaum rasch ergeben wird), nach wie vor die soziale Konfrontation

die Hauptrolle. Etwas vereinfachend gesagt, reicht die Skala der «politischen Kräfte» vom Thema Lustration (Forderung nach juristischer Klärung, einem «zweiten Nürnberg» — gegen den Kommunismus und das kommunistische Regime, samt radikalen politischen und wirtschaftlichen Reformen, die auf die Demontage des kommunistischen Nomenklaturasystems zielen) bis zum Thema Proskription (Ächtung der neuen politischen Kräfte durch die Kommunofaschisten, deren Revanchismus das Ziel verfolgt, den Totalitarismus mit Terrormethoden wieder zu errichten). Diese Absicht ist erwiesen, u. a. durch die Tätigkeit des nun aufgelösten Deputiertenkorpus, in dem zahlreiche «Zentristen», «Rechte», «Linke» und weitere Unversöhnlich-Versöhnliche als geschlossenes Kollektiv von Gesinnungsgenossen auftraten, dem es Anfang Oktober beinahe gelang, sein Proskriptions-szenarium in die Tat umzusetzen.

Wir haben es unternommen, die 13 eingetragenen Wahlvereinigungen gemäss

Tatsächlich spielt in einer Gesellschaft, in der sich die politische Schichtung noch nicht vollzogen hat, die soziale Konfrontation die Hauptrolle.

der Skala «Lustration-Proskription» zu gruppieren, wobei wir hinten anfangen. So ergibt sich ein Modell der künftigen Aufteilung der Staatsduma, die allenfalls die Struktur des Deputiertenkongresses wiederholen wird: die ziemlich geschlossenen Gruppierungen der «oppositionellen» Mehrheit (60 %) und jene der «regierenden» Minderheit (weniger als 20 %), dazwischen der — auch in sich unstete — Strudel der von den jeweiligen Besiegten zu den jeweiligen Siegern überlaufenden «Zentristen».

Block 1: Parteien, die sich eindeutig auf der Plattform des Nomenklaturawiderstands gegen demokratische Reformen finden werden und die wir bedingt «Einheit Russlands» nennen wollen: a) die unverhüllten Kommunofaschisten: Liberaldemokratische Partei (Schirinowski), Kommunistische Partei (Sjuganow), Agrarpartei; b) die Kommunozentristen: Bürgerunion (Wolskij), Demokratische Partei (Trawkin), Zukunft Russlands — Neue Namen, Wahlvereinigung «Würde und Barmherzigkeit», Konstruktiv-ökologische Bewegung, Bewegung der Frauen Russlands.

Block 2: Parteien, die wir bedingt «Übereinstimmung mit der «Einheit Russlands»» nennen wollen: Jawlinskij-Boldyrew-Lukin-Block und Partei der russischen Einheit und Eintracht (Schachraj).

Block 3: Parteien, die man — sehr bedingt — «Demokraten» nennen kann: Bewegung für Demokratische Reformen (Sobtschak) und Block Wahl Russlands (Gaidar).

Die Parteilisten und was dahinter ist . . .

1. Es ist ein Mythos, dass die Opposition von den Wahlen ferngehalten würde. In Tat und Wahrheit gibt es heute im politischen Spektrum praktisch nichts ausser Opposition gegen den Reformkurs, abgesehen von problematischen Ausnahmen. Sämtliche wichtigsten politischen Organisationen werden finanziell, organisatorisch oder personell mehr oder weniger durch Unterabteilungen der vereinigten kommunistischen Nomenklaturamafia kontrolliert. Das «Kontrollpaket» liegt in fast allen

Es ergibt sich ein Modell der künftigen Aufteilung der Staatsduma, die allenfalls die Struktur des Deputiertenkongresses wiederholen wird und die in drei Blöcke aufgeteilt werden könnte.

«Neue Leute ans Ruder!»

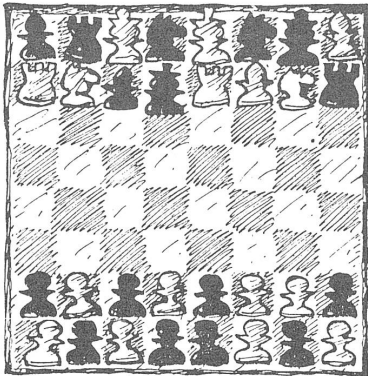
Dmitrij Jurjew stellt sich als unabhängiger Kandidat des Wahlkreises 109 Mytischtschi (der ersten Ortschaft ausserhalb Grossmoskaus in Richtung Nordost) zur Wahl — als «Vertreter der Partei der Wähler». Er brachte fristgerecht 8000 Unterschriften zustande (nötig waren 5000); der Wahlkreis umfasst vier Städte mit total 480 000 Wahlberechtigten. Sein Credo, seine Ziele:

- Damit Russland leben kann, muss das Volk selbst zur herrschenden Partei werden!
- Boden, Eigentum, Macht — dem Volk!
- Neue Verfassung und feste Legalität für Russland!
- Neue Leute statt des alten Nomenklatura-Kartenspiels!

Jurjew war nie Deputierter oder Parteimitglied, hat aber die Sowjets und

Parteien als Analytiker gründlich erforscht. 1990 gehörte er zur Gruppe, die die Arbeit am Projekt der neuen Verfassung in Angriff nahm. Aus Protest gegen die Abbremsung des Projekts verliess er die Verfassungskommission des Kongresses. Jetzt wirkt er als Politologe und Publizist; er ist Leiter des informationsanalytischen Dienstes der Zeitung «Segodnja» (und Koordinator des geplanten «Demokratietentrums»).

«Als Wissenschaftler weiss ich, wofür das Volk in den Referenden und Wahlen gestimmt hat», sagt er seinen Wählern. «Und als Politiker weiss ich, dass das Volk selbst zur herrschenden Partei werden muss, damit Russland leben kann. Wenn wir zusammenhalten, schaffen wir es!»



Ohne Worte, von A. Kosatschok. Bei den 93er Wahlen steht es nach Meinung des Analysten Dmitrij Jurjew nicht unähnlich, nur dass sehr viel mehr Bauern im Spiel sind als andere Figuren. Und dass diese «Bauern» die Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates noch nicht beherrschen, während Könige, Damen, Läufer usw. nach wie vor Räuberschwach spielen wollen (Swobodnje Slowo, Moskau, 16. 11. 1991).

Blöcken quasi respektabler demokratischer Richtung in Händen der Wolskij-Gorbatschow-Gruppe, und im Bund mit dem KGB kontrolliert die Allianz der grossen Partei- und Staatsnomenklatura alle kommunofaschistischen Kräfte, bis zu den Nationalrepublikanern und der Liberaldemokratischen Partei Schirinowskijs.

2. Als konsequent demokratische Alternative überzeugt heute praktisch keine der vorhandenen politischen Organisationen. Was den Block Wahl Russlands angeht, so verfügen über dessen Kontrollpaket auch nicht echte Demokraten, und in organisatorischer Hinsicht liegt es durchaus drin, dass er sich entweder zur Machtpartei der prinzipienlosen Nomenklaturvertreter in der sogenannten Regionalelite schlägt oder dass ein Teil der «Reformer» zur Wolskij-Gruppe übergeht, mit deren Exponenten sie schon früher Freundschaft markiert haben.

3. In den Majorwahlkreisen dürften bei starker Koordination der extremen Kräfte und ihrem Setzen auf die örtliche Parteienomenklatura-Elite, bei deren Möglichkeiten zur Verfälschung der Wahlergebnisse, auch dank der subversiven Wahlverordnung*, die unter Leitung des Sjuganow-Demokraten Schejnis entstand, bis zu 80 % Kandidaten der extremen Reaktion durchkommen. (Anm. d. Übers.: Sjuganow ist, wie erwähnt, Chef der KP der Russischen Föderation.)

4. Wenn sich die Ereignisse entlang der jetzigen Linie weiterentwickeln, dürften mehr oder weniger konsequente Demokraten in beiden Kammern der Föderationsversammlung 10 bis 20 % der Stimmen erhalten, d. h. ebensoviel, wie im Kongress der Volksdeputierten der Russischen Föderation die Verfechter des Präsidenten hatten. Die übrigen Kräfte werden eine schwammige, inoffizielle, nicht sehr koordinierte, aber konzeptuell einheitliche und in den Hauptfragen lenkbare Mehrheit bilden: antidemokratisch und antireformistisch.

Russland riskiert, im Ergebnis freier Wahlen aufgrund des Sturzes der Sowjetmacht ein noch bedrohlicheres und destruktiveres «Parlament» zu erhalten, als der frühere Kongress und Oberste Sowjet waren.

* «Subversive Wahlverordnung» ist eine Abkürzung für folgenden Sachverhalt: Russland ist bekanntlich kein Staat mit einem Mehrparteiensystem; ein solches kann man nicht durch einen Präsidentensturz aus dem Boden stampfen, sondern es muss wachsen, und das hätte Zeit erfordert. Ohne den Verfassern des Wahlgesetzes schlechte Absichten unterstellen zu wollen, konstatiere ich, dass dieses sich unter den gegebenen Bedingungen höchst unglücklich auswirkt und die Entwicklung der Demokratie untergräbt. Die künstliche Proporzwahl nach Pseudoparteilisten (für 50 % der Abgeordneten) kann in unserer parteilosen Gesellschaft den Wählern keine echte Wahl bieten. Auch mit der Majorwahl gibt es aus demselben Grund, wie ausgeführt, Probleme.

So riskiert Russland, im Ergebnis freier Wahlen aufgrund des Sturzes der Sowjetmacht ein noch bedrohlicheres und destruktiveres «Parlament» zu erhalten, als es der frühere Kongress und der Oberste Sowjet waren.

Wie das?

Erstens werden, wie aufgezeigt, wegen der vorhandenen politischen Situation und aufgrund der Wahlverordnung, die sich in Wirklichkeit gegen die Erneuerung auswirkt, die reaktionären, antidemokratischen Kräfte im Parlament die Mehrheit erringen.

Zweitens wird dieses neue Parlament in den freisten Parlamentswahlen der Geschichte Russlands gewählt. So wird es unter jedem Gesichtspunkt das allerlegitimste Parlament in Russlands Geschichte sein, auch für das Ausland.

Drittens werden die Wahlen, die zur Bildung eines mächtigen und fast monolithisch antipräsidentiellen Machtzentrums der Partei- und Staatsnomenklatura führen werden, aufgrund von Wahldokumenten erfolgen, die durch Ukase des Präsidenten bestätigt sind. Im Unterschied zum normalen gesetzgeberischen Vorgang, wo ein «Gesetzesprojekt von XY» kollektiv angenommen wird (und dann entsprechend «Lex XY» heisst), ist die Verordnung, die von den selbsternannten Demokraten der Schejnis-Gruppe ausgearbeitet wurde, keineswegs die «Lex Schejnis». Es ist eine «Lex Jelzin», es ist ganz und gar Jelzins Gesetz, und die volle moralische, politische und juristische Verantwortung für die Folgen der Anwendung dieses Gesetzes trägt ausschliesslich Jelzin persönlich. Ihm wird absolut und endgültig jedes moralische, politische und juristische Recht abgehen, in irgendeiner Weise gegen die destruktiven nomenklaturrevanchistischen Handlungen des neuen Parlaments vorzugehen.

... und der Volkswille

In dieser Situation, die noch erschwert wird durch die Tatsache, dass auf der «demokratischen» Seite der Parteienliste nur zwei sehr bedingt demokratische Organisationen verblieben sind, können einzig folgende beiden Faktoren eine optimistische Entwicklung der Ereignisse herbeiführen helfen.

Erstens — ein subjektiver Faktor: Wenn der Block Wahl Russlands und die Bewegung für Demokratische Reformen sich klar von den pseudodemokratischen Gruppierungen Jawlinskij-Boldyrew-Lukin-Block und Partei der Russischen Einheit und Eintracht distanzieren und eine demokratische Zweiparteienallianz

Weitere Demokraten zur Wahl

Lew Timofejew, der die Zeitung «Staatsbürger» mitregistrierte, es dann aber vorzog, für eine Pariser Zeitung zu schreiben, stellt sich in der RDDR, der Bewegung für Demokratische Reformen von Popow-Sobtschak, zur Wahl, Kronid Ljubarskij im Block «Wahl Russlands». Er ist nicht nur nach wie vor im Verfassungsgremium aktiv, sondern wurde neulich auch in die «Kommission für Gesetzesvorschläge beim Präsidenten» aufgenommen. (Wladimir Bukowskij hatte mit weiteren früheren Menschenrechtskämpfern wie Alexander Ginsburg, Vera Laschkowa und Ira Jakir eine «Kreative Bürgerrechtler-Vereinigung «Eisberg» gegründet, doch hörte man schon im Vorfeld der Registrierung zur Wahlbeteiligung nichts mehr von ihr.)

eingehen, sich absprechen, die Wählerstimmen bei der Wahl nach Parteilisten zu teilen und in den Majorwahlkreisen klar eine Politik des ausgewogenen Verzichts je einer Seite auf ihren Kandidaten durchführen, dann könnte es möglich sein, das kommunistische Übergewicht zu brechen.

Zweitens gibt es auch einen objektiven Faktor. Die Wahlen von 1993 sind, so kritisch sie für Russland auch sein mögen, nicht etwa das Finale des demokratischen Prozesses, wonach jede weitere Entwicklung nur noch durch die neuen Machtorgane bestimmt würde. Das Volk hat in den letzten Jahren mehrmals die einzigartige Erfahrung der direkten Volksherrschaft machen können, als alle politischen Kräfte einschliesslich der Machtstrukturen des Staates das Reagieren, den Entscheid der Bevölkerung als der letzten und einzigen Instanz erwarteten — sei es bei den Referenden, sei es in der Nacht auf den 4. Oktober auf den Strassen Moskaus. Diese Erfahrung schafft die Voraussetzung dafür, dass keinerlei Parlament, keinerlei Partei — ausser sie nähmen zu direktem Terror Zuflucht — ohne Rücksichtnahme auf die Meinung der Mehrheit der Einwohner Russlands vorgehen kann. Diese Mehrheit, diese «Partei der Wähler», ist heute als einzige echt demokratische Partei im Land zu betrachten.

(Übersetzung: Hanni Tarsis-Dormann)